NEIES LAUTRE

ZEITUNG FÜR EINE SOLIDARISCHE UND BASISDEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT

Mai 2015

Kaiserslautern

Auflage: 50

EDITORIAL

Als am 1. Mai für soziale Gerechtigkeit (oder wie in Kaiserslautern gegen den Kapitalismus) demonstriert wurde, nutzten auch Faschisten diesen Termin für ihre Zwecke. So wollte die NPD in Worms gegen ein Asylbewerber_Innenheim demonstrieren, musste allerdings dank antifaschistischer Blockaden nach wenigen hundert Metern umkehren. Dass Rassismus nicht Lösung, sondern Ursache von Herrschaft und sozialer Ungleichheit ist, versuchen wir in unserem Themenschwerpunkt *Rassismus und Ausbeutung* zu zeigen. Außerdem beginnen wir unsere neue Rubrik *Libertäre Zeilen* mit einem Grundlagentext zur anarchistischen Theorie.

Inhalt:

S. 1. Editorial

S. 2 Bericht: ANTIKAPITALISTISCHE MAIDEMONSTRATION IN KAISERSLAUTERN

Themenschwerpunkt:
Rassismus und Ausbeutung

S. 3: JENSEITS VON FERGUSON?

S. 7: Interview: FERGUSON IST DAS GEGENSTÜCK ZUM TOD DER POLITISCHEN REPRÄSENTATION

S. 9: „ARMUTSEINWANDERER“?

Libertäre Zeilen:

S. 15: WAS IST ANARCHISMUS?

S. 19: WEM GEHÖRT DIE STADT? - Aufruf

S. 20: Termine

BERICHT

ANTIKAPITALISTISCHE MAIDEMONSTRATION IN KAISERSLAUTERN

Am Samstag, 2. Mai fand in Kaiserslautern eine antikapitalistische Demonstration unter dem Motto „Gegen Prekarisierung und Ausbeutung – Für eine solidarische Gesellschaft“ statt.

Um 11 Uhr startete die Demonstration mit einem Redebeitrag der Anarchistischen Initiative Kaiserslautern Danach zogen die ungefähr 70 DemoteilnehmerInnen lautstark über die Richard-Wagner-Straße und die Pirmasenser Straße zum Schillerplatz, wo eine Zwischenkundgebung abgehalten wurde. Dort gab es einen Redebeitrag der Linksjugend [´solid] Kaiserslautern und des Kultursyndikats der FAU Neustadt/ Weinstraße. Über die Eisenbahnstraße ging es zurück an den Hauptbahnhof, wo es einen weiteren Redebeitrag zu hören gab. Bei diesem wurde dazu aufgerufen basisgewerkschaftliche Treffen zu organisieren um den lokalen Widerstand gegen schlechte, prekäre Arbeitsbedingungen, beispielsweise in der neuen Mall ‚K in Lautern‘, aufzubauen.

Während der Demonstration wurden lautstark Parolen wie „Sozialabbau im ganzen Land – Unsre Antwort Widerstand“ sowie „Brecht die Macht der Banken und Konzerne“ gerufen. Außerdem wurden viele Flugblätter und Zeitungen an die sehr interessierten PassantInnen verteilt. Trotz der geringen Zahl an Teilnehmern und TeilnehmerInnen war die Demo sehr kämpferisch und laut!

JENSEITS VON FERGUSON?

In den USA sind die Proteste gegen rassistischen Justiz- und Polizeiterror abgeflaut. Aber die „black lives matter“-Bewegung lebt und mobilisiert weiter.

Xavier Bonnet, Brooklyn

Die neue antirassistische Bewegung, die den ganzen Sommer und Herbst über mit Sit-Ins, Blockaden und Sprechchören wie „I can’t breathe“, „Hands up, don't shoot“ und „Black lives matter“ auf sich aufmerksam machte, hat einen Mythos zerstört — den von der post-rassistischen Gesellschaft. Denn die Proteste in Ferguson, New York und vielen weiteren US-Groß-und Kleinstädten, die den Nicht-Anklagen mordender Polizisten folgten, waren so massiv, dass sich die Mainstream-Medien ihnen nicht mehr verschließen konnten. Beweise hatten die Videos geliefert, die sich in den sozialen Netzwerken verbreiteten: von Michael Brown in Ferguson im Bundesstaat Missouri und vor allem von Eric Garner im New Yorker Stadtteil Staten Island. Letzterer wurde von Polizisten zu Boden gerissen und erwürgt. Keiner der beteiligten Beamten machte minutenlang Anstalten, ihn wiederzubeleben. „Rassistischer Alltag“, hieß es seitens vieler Afroamerikaner_innen, die gleichwohl ihrer Empörung Ausdruck verliehen.

Die Irritationen, die die hunderttausendfach heruntergeladenen Videos in den Wohnzimmern vieler Weißer auslösten, waren dagegen nur von kurzer Dauer. Denn große Teile der gesetzesgläubigen US-Öffentlichkeit sahen sich bald darauf in ihren Vorurteilen bestätigt. Als der weiße Polizist Darren Wilson, der für seine Schüsse auf Michael Brown nicht angeklagt wurde, als freier Mann den Dienst quittieren und sich aufs Altenteil zurückziehen konnte, stand auf einmal das „Fehlverhalten“ des unbotmäßigen Schwarzen im Vordergrund. Dasselbe galt für Eric Garner. Weshalb ließ sich der übergewichtige (!) und illegal Zigarretten verkaufende (!) Afroamerikaner von der Polizei nicht freiwillig festnehmen? Es musste wohl an der „Kultur der Armut“ und der „Feindseligkeit gegenüber der Ordnungsmacht“ liegen...

Die in Ferguson ausharrenden Mainstreammedien — sämtliche US-Fernsehsender und Hunderte

von Journalisten aus dem Ausland — trugen das Ihre dazu bei. Der staatsanwaltliche Anklageverzicht wurde, wenn überhaupt, dann schwach kommentiert übertragen. Die erwarteten Reaktionen auf der Straße dagegen setzten die Medien wiederum dem vermeintlichen Publikumsgeschmack entsprechend in den Kontext von „Unruhen“ und „Krawallen“. In der Berichterstattung deutschsprachiger Medien inklusive derer in Österreich und der Schweiz fiel bis auf wenige Ausnahmen unzählige Male als Erklärung der Begriff „Rassenunruhen“. Der seit vielen Jahren in New York ansässige und nach Ferguson eingeflogene Spiegel-Online-Korrespondent faselte gar von der „schwersten Rassenkrise seit Generationen“. Ihm müsste bekannt sein, dass die in den USA breit verwendete Bezeichnung „race“ Ethnizität und Herkunft bedeutet und eben nicht die biologistisch-nazideutsche „Rasse“. Aber selbst in den US-Mainstreammedien war keine Rede von einer „racial crisis“ oder einem „race war“. Vermutlich spielte beim deutschen Beobachter der Grundtenor, nämlich der Zeigefinger Richtung USA mit der parallel dazu verlaufenden Entlastung des eigenen Stalls zuhause, eine nicht unbedeutende Rolle.

Von „Rassenunruhen“ zu sprechen ist ebenso unsinnig wie die Behauptung vom spontanen Aufstand Jugendlicher, wie es in einigen liberalen Medien hieß. Denn beide negieren, dass hinter dem oft gezeigten und skandierten Slogan „black lives matter“, der 2014 bekannt wurde, schon vorher organisierte Ansätze standen, die sich zu einer Bewegung in den gesamten USA ausgeweitet haben. Der Name begann als Twitter-Hashtag #BlackLivesMatter und verbreitete sich im Juli 2013 nach dem Freispruch des privaten Sicherheitsmanns George Zimmerman, der in Florida den Teenager Trayvon Martin erschossen hatte. Mithilfe desselben Hashtags fanden sich 2014 unmittelbar nach dem Tod von Michael Brown in Ferguson, John Crawford III und Eric Garner Betroffene zusammen. Sie waren die ersten, die in Ferguson noch vor Ort, als die Leiche auf der Straße lag, Informationen austauschten. In diesen viereinhalb Stunden multiplizierten sich nicht nur die darauf bezogenen Tweets, sondern auch die Demonstrant_innen aus der Umgebung, die noch am selben Tag nach Ferguson strömten. Die Ini-

tiative geht auf drei Frauen zurück und ist dem Selbstverständnis nach „ein einzigartiger Beitrag, der über die gesetzlosen Morde an schwarzen Menschen durch Polizei und Milizen hinausblickt“. Bis Ende Januar hatte „black lives matter“ fast 700 Demonstrationen in den USA und international organisiert.

Das Weiße Haus, das zurecht als weltweit größtes PR-Unternehmen mit Fühlern in alle Richtungen gilt, reagierte bereits Ende November auf die Proteste. 75 Millionen Dollar sollen in den kommenden drei Jahren für über 50.000 am Körper getragene Polizeikameras ausgegeben werden. Auch auf die wachsende Kritik an der militarisierten Polizei ging Washington ein. Unter dem Druck der Demonstrationen von „black lives matter“ war bekannt geworden, dass sich örtliche Polizeiabschnitte unter einem sogenannten „1033-Programm“ seit 1997 gratis mit Militärwaffen aus den Beständen des Verteidigungsministeriums eindecken, allein im Jahr 2013 im Wert von einer halben Milliarde Dollar. So kam es, dass beispielsweise die Polizei in Ferguson mit Schützenpanzern und Nahkampfausrüstung aus den Kriegen im Irak und Afghanistan sowie Schnellfeuergewehren auf Demonstrant_innen losging. Das Programm lasse sich vom Präsidenten nicht einstellen, hieß es, denn es sei vom Kongress verabschiedet worden. Eine Zeitschrift enthüllte diesbezüglich anekdotenhaft, dass sich etwa die Polizei im Örtchen Keene mit seinen 23.000 Einwohner_innen im Bundesstaat New Hampshire ein taktisches Panzerfahrzeug zulegte. Die Begründung des örtlichen Polizeichefs lautete allen Ernstes, solch ein Kriegsvehikel sei für das jährliche „Kürbisfest und ähnlich gefährliche Situationen“ notwendig.

Mitte Dezember richtete Barack Obama eine Arbeitsgruppe mit dem schönen Namen „Task Force on 21st Century Policing“ ein, die die Beziehungen zwischen Polizei und Communities verbessern soll. Derzeit finden in mehreren Städten Anhörungen statt, in denen Regierungsvertreter Beschwerden und Anregungen mitschreiben. Die Crux liegt allerdings in der Glaubwürdigkeit der Initiative. Denn zum Leiter der Task Force ernannte Obama ausgerechnet den Polizeichef von Philadelphia Charles Ramsey, der 1998 bis 2007 in der Bundeshauptstadt den Hardliner-Bullenchef gegeben hatte, mit

„außergewöhnlich großer Gewaltanwendung, Massenfestnahmen ohne Grundlage und unter völliger Missachtung der Grundrechte“, wie kritische Anwälte monierten. Ramsey war außerdem in Ferguson als „Berater“ anwesend.

Auch in New York, das formal der liberale Bürgermeister Bill DeBlasio regiert, versuchen die Behörden, die durch die Proteste von „black lives matter“ geöffneten Spielräume wieder dichtzumachen. Ausgangspunkt war der Doppelmord an zwei Streifenpolizisten im Stadtteil Brooklyn am 20. Dezember 2014, den die Polizeigewerkschaft zum Anlass für wütende Verbalattacken gegen DeBlasio und direkte Drohungen gegen Demonstrant_innen und Polizeikritiker_innen nahm. Der Polizeichef William Bratton forderte eine massive Strafrechtsverschärfung für zivilen Ungehorsam. Außerdem kündigte er eine neue Einheit namens „Strategic Response Group“ an, die mit Maschinenpistolen ausgerüstet werden soll, „um uns im Umgang mit Demonstrationen zu helfen“.

Mitgliedern von „black lives matter“ ist bewusst, dass auf den Straßen wahrscheinlich ein schärferer Wind blasen wird. Aber die Bewegung befinde sich objektiv in einer neuen Situation. Jetzt gehe es darum, das Networking und die Organisationsarbeit zu verstärken, um nicht ein ähnliches Schicksal wie Occupy Wall Street zu erleiden. Ein positives Zeichen war der 30. Januar: 800 Menschen trafen sich zu Strategieberatungen und Workshops für zivilen Ungehorsam.

____

www.antifainfoblatt.de

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar

INTERVIEW

mit George Caffentzis und Silvia Federici von den *Midnight Notes*, beide aus New York.

FERGUSON IST DAS GEGENSTÜCK ZUM TOD DER POLITISCHEN REPRÄSENTATION

SF: Es ist ein Krieg gegen die schwarze Community im Gange, zumindest gegen die proletarische schwarze Community. Seit dem 9. August, dem Tag an dem Michael Brown ermordet wurde, hat die Polizei weitere 14 vor allem afroamerikanische Menschen umgebracht. Der Urteilsspruch war absehbar, aber mit seiner Verkündung haben erneut Proteste begonnen, es gab Prügeleien mit der Polizei und große Demonstrationen wie in Oakland, New York und natürlich in Ferguson selbst. Diese Demonstrationen stellen eine wichtige politische Wende der Bewegungen in den USA dar. Sie hatten den Verkehr zum Ziel und in vielen Teilen des Landes die Straßen blockiert, die Autobahnen, Tunnel und Brücken.

Die Mobilisierung hat eine neue Fähigkeit gezeigt, sich zu verbünden, und vor allem den Willen, weiterzumachen und die Zustände, die Machtverhältnisse zu verändern. In ihrer Fähigkeit zu einer breiten Koordination auf nationaler Ebene stellt sie eine Wende dar. Von der schwarzen Bevölkerung haben vor allem die Jungen demonstriert; die Mittelklasse und die Politiker waren abwesend. Es waren aber auch viele junge Weiße beteiligt, im Bewusstsein, dass die Polizeigewalt kein Zufall ist, sondern klar bestimmte Politik. Das ist neu, ich habe das noch nicht erlebt.

GC: Die weiße Bevölkerung wird in den nächsten Jahrzehnten zur Minderheit in diesem Land werden, das ist völlig klar. Dieser Übergang stellt die derzeitig Machtordnung in Frage, er umreißt ein Kampfterrain und wird oft auch als Krise der Repräsentanz gefasst. Diese Krise drückte schon *Occupy* vor drei Jahren aus, als sie sagten, die Regierungen seien Ausdruck des reichen einen Prozents. Auch Ferguson zeigt diesen Tod der Repräsentanz.

SF: Die Verbindung zwischen den Jungen auf der Straße und den alten Repräsentanten der Bürgerrechtsbewegungen ist zerbrochen. Es gibt keine. Bei ver-

schiedenen Gelegenheiten, wenn diese Politiker z.B. in Versammlungen eine Rede hielten, um zur Ruhe aufzurufen, sagten die Jungen: »Nein danke, es reicht. Das hier ist was anderes«.

Seit Mitte der 60er Jahre führt der amerikanische Staat Krieg gegen die jungen Schwarzen, gegen eine Bevölkerung, die als besonders kämpferisch, als gefährlich für den Status quo angesehen wird. Seit den 60er Jahren lässt man sie für das Verbrechen bezahlen, sich aufgelehnt zu haben. Das Verbrechen, mit den *Black Panthers* versucht zu haben, Strategien der Selbstverteidigung und Mobilisierung in den Vierteln umzusetzen. Seit damals versuchen sie vor allem die junge schwarze Bevölkerung zu entwaffnen, zu domestizieren und zu unterjochen, insbesondere mit der Verschärfung der Drogengesetze. Im *war on drugs* wurde die Polizei vor allem in den schwarzen Vierteln selbst zur Armee. Und statt Geldstrafen wurden nun schwere Strafen von vier, fünf Jahren Knast verhängt, die zu einer enormen Zunahme der Knastbevölkerung geführt haben. Heute sind mehr als zwei Millionen Menschen im Knast, der größte Teil von ihnen ist schwarz. Sehr viele sind seit Jahren in absoluter Isolationshaft. Diese Formen von Folter und Barbarei sind Zeichen für einen sehr starken Vernichtungswillen.

In vielen Vierteln, auch in Latinovierteln, ist die Polizei eine Besatzungsarmee, die dieselben Waffen benutzt wie im Irak und in Afghanistan. Mit dem *war on terror* wurde die Polizei seit 2001 immer stärker militarisiert. Sie wird seit vielen Jahren von der Armee ausgebildet und ist mit denselben Waffen ausgerüstet, deshalb herrscht in vielen Vierteln praktisch dasselbe Level an Polizeibrutalität wie vielleicht in den Vierteln von Kabul oder im Irak.

Die USA sind um den Krieg herum organisiert. Krieg im Irak, in Afghanistan, Militärbasen in der ganzen Welt, und dann der Jemen und indirekt Syrien usw. … All dies wirkt sich auf das Verhalten der Polizei aus. Wenn du Immigrant bist oder in einem armen Viertel lebst, können sie dir Sonntag morgens die Wohnungstür aufbrechen und mit gezogener

Waffe reinkommen unter dem Vorwand, nach Waffen oder Drogen zu suchen. Die Polizei behandelt die jungen Schwarzen wie feindliche Kämpfer: *shoot first and ask later* [erst schießen, dann fragen], genau so, wie sie es in den Vierteln im Irak lernen. Und sie genießen dabei dieselbe Straflosigkeit...

GC: Heute braucht es nicht so sehr eine Bürgerrechtsbewegung wie in der Vergangenheit, sondern die Fähigkeit, den Praktiken von Polizei und Armee entgegenzutreten. Deshalb zeigen die jüngsten Mobilisierungen, so problematisch das auch sein mag, dass eine neue Figur die Bühne betreten hat, die andere Vorstellungen hat als die offiziellen Lehren.

SF: Diese Mobilisierung ist nicht im luftleeren Raum entstanden, sondern weil seit Jahren ein Prozess in Gange ist, der viele Formen annimmt, viele Gruppen und Organisationen. Zum Beispiel Leute, die dagegen kämpfen, dass die Richter für bestimmte Verbrechen eine bestimmte Anzahl von Jahren Knast verhängen müssen – ein Mittel, um die Zahl der Verurteilungen stark zu erhöhen. Oder gegen Isolationshaft, die Todesstrafe, das ganze Knastsystem. Organisationen wie »Innocence Project«, die sich Fälle von Leuten ansehen, die mit minimalen Beweisen allein aufgrund von Polizeiaussagen eingeknastet wurden. Es hat sich ein ganzes Netz von Organisationen gebildet...

GC: ... viele Verbindungen sind in den letzten drei Jahren geschmiedet worden, aber mit dem Mord an Mike Brown hat eine neue Geschichte begonnen. Dies ist nicht die Zeit, in der die Historiker sprechen sollten, weil die Geschichte jetzt gemacht wird.

——

www.wildcat-www.de

„ARMUTSEINWANDERER“?

Elka Holan und Peter Mrok

Die Politik macht sich Sorgen: Zehntausende neu zugewanderte Roma in Berlin, Camps in öffentlichen Parks und offensichtlich überfüllte Immobilien. Sie reagiert mit Stimmungsmache und der Wiederbelebung sämtlicher rassistischer Klischees gegenüber Roma als dem Teil der neuen osteuropäischen Migration, der am stärksten wahrgenommen wird.

Die Berliner außerparlamentarische Linke reagiert, wenn überhaupt, hilflos mit einem Antirassismus, der die Roma eher als hilfsbedürftige Objekte, denn als möglichen Verbündeten in einer sozialen Auseinandersetzung sieht und in dem ungewollt auch Klischees über „die Roma“ mitschwingen. Auch weil die Lebenssituation so drastisch ist, dass sie nicht in die Vorstellungswelt deutscher Linker passt, gibt es kaum eine Wahrnehmung gemeinsamer Interessen. Das führt dazu, dass linke Aktivitäten zum Thema oft vor allem karitativen Charakter haben und bestenfalls Symptombekämpfung sind.

Immerhin macht die gemeinsame Auseinandersetzung der FAU Berlin um die „Mall of Shame“ Hoffnung auf einen Paradigmenwechsel. Wir, die AutorInnen dieses Textes, haben auch keine endgültigen Antworten, hoffen aber mit unserem Text ein wenig zu einem besseren Verständnis der Situation beizutragen.

NEUE GASTARBEITER UND ZUZUG VON ARBEITSMIGRANTINNEN AUS SÜDOSTEUROPA

Die EU-Osterweiterung bedeutet für das deutsche Kapital unter anderem den Zugang zu einem neuen riesigen Arbeitskräftereservoir. Zugleich ist die Arbeitsmigration – weil individuell – nicht wirklich steuerbar. Neben der regen Vermittlung von vertraglich abgesicherten Arbeitskräften, besonders für die Pflegearbeit über die rumänischen Arbeitsvermittlungsagenturen, wandern viele Menschen ein, die auf eigenes Risiko in Deutschland auf Arbeitssuche gehen. Der Großteil der rumänischen sowie bulgarischen MigrantInnen findet lediglich ein extrem prekäres Auskommen. Als unterster Teil von oft ethnisch sortierten Sub-

unternehmerketten (die deutsche Firma, der türkische Subunternehmer, der serbische Subunternehmer und dann der rumänische „Selbstständige“), arbeiten sie als Tagelöhner oder auf informeller Zeitarbeitsbasis in allen arbeitsintensiven Jobs wie etwa auf Baustellen, für die Lebensmittelindustrie oder in der Reinigung. Es gibt aber auch immer mehr offizielle Zeitarbeitsfirmen, welche sich auf Neuzugezogene ohne Berufsabschluss spezialisiert haben. Sie verleihen Leute, meist Logistikarbeiter direkt an Bahlsen, Coca Cola, die Fleischindustrie etc.

Rumänen und Bulgaren bauen das Gebäude der Deutschen Rentenversicherung, das Berliner Stadtschloss und den BER. Die *Mall of Berlin* ist nur das mittlerweile bekannteste Beispiel. Die dortigen Arbeitsbedingungen sind exemplarisch. Selbst DGB-Gewerkschaften sind seit einiger Zeit auf das Thema aufmerksam geworden und haben Beratungsstellen eingerichtet, wo man rumänisch und bulgarisch spricht.

DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

PRODUKTIONS- UND REPRODUKTIONSKOSTEN UND DAS DRUMHERUM

Die Einwanderungswelle senkt die Produktionskosten für das Kapital vor Ort enorm. Uns sind Beispiele von Leuten bekannt, die für Coca -Cola 40 Stunden pro Woche im 3-Schicht-System arbeiten und am Wochenende den *strassenfeger* verkaufen, weil die Kohle nicht reicht. Die Löhne auf der Baustelle übersteigen, ob mit oder ohne Vertrag, in keinem Fall 8 Euro pro Stunde. Meist sind es weniger als 5 Euro pro Stunde. Wochenarbeitszeiten von 60 Stunden sind Standard. Auch die Reproduktion der neuen migrantischen ArbeiterInnen kostet das Kapital kaum etwas und den Staat meist gar nichts.

Der Zugang zu Kindergeld sowie ALG 2 wird immer mehr erschwert, die Anmeldung in Deutschland läuft über die Vermittlung von Beratungsstellen und NGOs oder über ein halbmaföses System, das Meldebescheinigungen, Übersetzungen und andere öffentliche Dokumente als

Dienstleistung teuer verkauft. Tatsächlich bis ins deutsche Sozialsystem schaffen es nur wenige.

Ohne vertraglich geregelten Job oder Leistungen vom Jobcenter gibt es kaum Chance eine Krankenversicherung zu erhalten. Trotz der Versicherungspflicht vermeiden es die Krankenkassen, die MigrantInnen aufzunehmen, weil prekär Beschäftigte aus prekären Verhältnissen, die regelmäßig chronische oder anders schwerwiegende Krankheiten haben, ein unerwünschter Kostenfaktor sind. Viele ArbeiterInnen leiden z.B. unter Diabetes, Nierenschäden oder Herzerkrankungen, zudem gibt es viele Arbeitsunfälle. Im Problemfall heißt es, die ArbeiterInnen hätten sich der Versicherungspflicht entzogen. Versicherungslücken führen zu enormen Nachforderungen von Seiten der Kassen und haben Schulden, sowie noch stärkere Rechtlosigkeit zur Folge. „Selbstzahler“-Beträge für ärztliche und stationäre Behandlung von mehreren tausend Euro pro Jahr pro Familie und somit wiederum Anhäufung von Schulden wären die Alternative. Es gibt in Berlin für nicht regulär Beschäftigte fast keinen Zugang zum regulären Wohnungsmarkt. Häufig müssen sie Schmiergelder von zum Teil mehreren tausend Euro an (deutsche) Vermieter zahlen. Eine ganze Reihe findiger Vermieter sowie Hostelbesitzer hat sich mittlerweile auf diese Zielgruppe spezialisiert und vermietet ohne die üblichen Gehalts- und Schuldenfreiheitsnachweise zu unglaublichen Preisen.

Die Kinderbetreuung wird meist familiär geregelt. In Berlin gibt es zu wenig Kitaplätze. Das betrifft alle EinwohnerInnen der Stadt. Die EinwanderInnen sind diejenigen, die das am stärksten spüren. Deshalb kommt dann zum Beispiel die Großmutter aus Rumänien, damit sie auf die Kinder aufpasst.

Bei geringem Einkommen ist kaum Geld für Mobilität übrig. Die Wege zur Arbeit, mit den Kindern zur Schule etc. müssen aber gefahren werden. Die Folge sind flächendeckend Schulden aus Bußgeldern bei der BVG, bzw. deren Inkassofirmen.

In den arbeitsintensiven Jobs arbeiten größtenteils die Männer. Das Familieneinkommen wird oft aufgestockt durch „Nebentätigkeiten“ der Frauen bspw. durch Pfandflaschen sammeln, *stras-*

senfeger verkaufen, in Privathaushalten putzen etc.

WOHNUNGSPOLITIK

Für niemanden gibt es mehr billige Wohnräume in Berlin. Diejenigen, die das am meisten zu spüren bekommen sind die Neueingewanderten. Die Bedingungen, unter denen die neu eingewanderten ArbeiterInnen in Berlin leben, sind die Bedingungen, unter denen weltweit der größte Teil der Arbeiterklasse lebt. Weltweit gesehen gehört es nicht zum Standard, dass der Lohn die Kosten für eine angemessene Unterkunft deckt. Auch heute lebt ein großer Teil der Weltbevölkerung in Slums, Favelas und ähnlichem, wo diese Kosten nicht anfallen und nicht vorgesehen sind, pendelt vom Dorf in die Fabrik oder lebt in Massenunterkünften in denen die „Miete“ direkt mit dem Lohn verrechnet wird. Auch in Berlin hat sich der Standard erst seit den 1950er Jahren geändert – mit dem fordistischen Klassenkompromiss, der höhere Löhne und die großen Wohnungsbauprojekte der Sozialdemokratie einschloss. In dieser Form ist der Klassenkompromiss allerdings passé. Die Reallöhne sinken. Sozialer Wohnungsbau findet nicht mehr statt.

ETHNISIERUNG

Die Ethnisierung von Armut, als wichtigstes Merkmal des Antiziganismus, prägt alle hierzulande seit eh und je verbreiteten und nun wieder neu aufgewärmten Klischees sowie Vorurteile gegenüber „Zigeunern“. Die damit geschürte Angst und Ablehnung von Seiten der Mehrheitsbevölkerung sind ein wichtiges Hilfsmittel um die Leute in ihre Schranken zu verweisen und sicherzustellen, dass sie die angebotenen Arbeits- und Lebensbedinungen akzeptieren. Natürlich ist es gleichzeitig auch hilfreich, einer ebenfalls von immer unsichereren Lebensbedingungen betroffenen Mehrheitsbevölkerung einen Sündenbock und die Fleischwerdung aller Abstiegsängste präsentieren zu können. Zur Ethnisierung des Problems gehört, dass auch in linken Kreisen verbreitete Argument, man müsse den Leuten helfen, denn die Roma seien auch in ihren Herkunftsländern diskriminiert und hätten keinen Zugang zu Bildungssystemen, Arbeitsmarkt etc. Das ist so natürlich richtig, erzeugt aber alleingestellt ein Bild, in dem alle diese MigrantInnen aus dem letzten Bergdorf oder Ghetto kommen und noch nie einen Wasserhahn oder eine Schule von innen

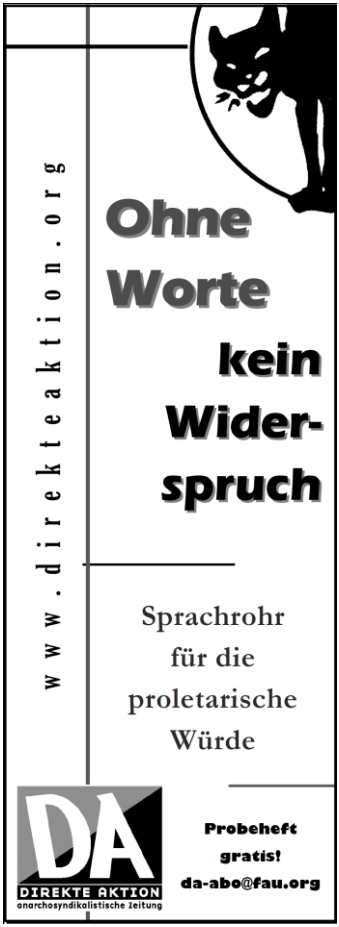
gesehen hätten. Es versperrt den Blick auf die Unterschiedlichkeit der Leute, aber auch auf ihre spezifischen Erfahrungen. Die Möglichkeit, dass es sich auch bei den rumänischen und bulgarischen Roma um einen Teil der ehemaligen osteuropäischen Industriearbeiterklasse handelt, wird mit diesem Blick von vornherein ausgeschlossen.

Stattdessen gilt es festzuhalten, dass viele mit beeindruckenden Erwerbs- und Migrationsbiographien aufwarten können. Neben ErntearbeiterInnen, die in den Jahren vor Krisenbeginn in Spanien, Italien oder Griechenland ein im Vergleich zu Berlin sicheres Auskommen hatten und Leuten, die schon auf Baustellen an allen Ecken dieser Welt gearbeitet haben, gibt es genug ehemalige IndustriearbeiterInnen, Bahnangestellte, Heizer, Monteure, Hausangestellte und Elektriker, die erst durch die Entlassungswellen in der Transformationsperiode in Osteuropa in die Situation gerieten, sich wieder auf ihre ethnische Zugehörigkeit reduziert zu sehen.

Es wäre ebenso eine Aufgabe der Linken in Deutschland, die Erfahrung der Leute ernst zu nehmen und die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, dass man ebenfalls von ihnen etwas lernen könnte. Außerdem erinnert die Biographie vieler osteuropäischer MigrantInnen daran, dass schulische Bildung nicht die einzige Art von Bildung ist, die ein Mensch erhalten kann und zudem alles andere als ein Garant für gesellschaftlichen Aufstieg ist.

——

www.direkteaktion.org



Was ist Anarchismus?

Lucien van der Walt / Michael Schmidt

»Anarchismus« wird häufig mit Chaos, Desorganisation und Zerstörung gleichgesetzt – fälschlicherweise. Er ist nämlich eine Form des Sozialismus, richtet er sich doch gegen den Kapitalismus und das System des Grundbesitzes. Aber obendrein ist er auch eine libertäre, d. h. freiheitliche Form des Sozialismus. Im Anarchismus nehmen individuelle Freiheit und Individualität einen äußerst hohen Stellenwert ein; sie entfalten sich am besten in einem Kontext von Demokratie und Gleichheit. Doch Individuen gehören verschiedenen Klassen an, die auf Ausbeutung und Macht in den heutigen Systemen des Kapitalismus und des Grundbesitzes fußen. Um dieser Situation ein Ende zu bereiten, ist es notwendig, den Klassenkampf zu führen und eine Revolution anzustreben, um so eine freie sozialistische Gesellschaft zu schaffen, die auf den Grundlagen von Gemeineigentum, Selbstverwaltung, demokratischer Planung von unten und einer am Bedarf ausgerichteten, nicht profitorientierten Produktion basiert. Nur eine solche Gesellschaftsordnung macht individuelle Freiheit möglich. Der Staat, ob verziert mit dem Sternenbanner oder mit Hammer und Sichel, ist Teil des Problems. Er konzentriert Macht in den Händen von ein paar wenigen an der Spitze seiner Hierarchie und schützt das System, das sich eine herrschende Klasse von Kapitalisten, Grundbesitzern und Staatsmännern zunutze macht. Er kann der Revolution nicht dienen, da er lediglich herrschende Eliten hervorbringt – eben das Klassensystem, das Anarchisten beseitigen wollen. Für Anarchisten wird die neue Gesellschaft klassenlos sein, egalitär, partizipatorisch und kreativ-schöpferisch; alles Eigenschaften, die mit einem Staatsapparat nicht kompatibel sind.

Man könnte also sagen: »Deshalb

Lucien van der Walt / Michael Schmidt

Schwarze Flamme

Revolutionäre Klassenpolitik im Anarchismus und Syndikalismus

Aus dem Englischen übersetzt und mit einem Nachwort versehen von Andreas Förster und Holger Marcks

560 Seiten
€ (D) 39,90
ISBN 978-3-89401-783-5
Erschienen August 2013

ist jeder Anarchist auch Sozialist, aber nicht jeder Sozialist notwendigerweise auch Anarchist.« Seit ihrer Entstehung war die sozialistische Bewegung in zwei Hauptströmungen gespalten: den freiheitlichen Sozialismus, der den Staat und Hierarchie im Allgemeinen ablehnt; und den politischen Sozialismus, der »einen politischen Kampf gegen den Kapitalismus mittels … zentralistisch organisierter Arbeiterparteien [befürwortet], die darauf abzielen, die Staatsmacht zu erobern und diese zur Einführung des Sozialismus zu nutzen.«. Der Anarchismus ist ein Beispiel für die erste Strömung; der klassische Marxismus ist dagegen ein Beispiel für einen revolutionären politischen Sozialismus, während die Sozialdemokratie für einen reformistischen politischen Sozialismus steht.

Im anarchistischen Denken ist es allein der Kampf der Arbeiterklasse und der Bauern – der sogenannten »unteren Klassen« –, der die Gesellschaft grundlegend verändern kann. Diese beiden Gruppen bilden die überwiegende Mehrheit der Menschheit, und sie sind die Einzigen, die sowohl ein elementares Interesse an gesellschaftlicher Veränderung als auch die Macht dazu haben. Die Emanzipation der unteren Klassen – und folglich der Aufbau einer freien Gesellschaft und die Emanzipation aller menschlichen Wesen – muss von diesen selbst unternommen werden. Die Kämpfe gegen die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Ungerechtigkeiten der Gegenwart müssen von unten, von »gewöhnlichen « Leuten geführt werden, die sich demokratisch organisieren, sowohl außerhalb des Staates als auch gegen ihn und die politischen Parteien der Mitte.

Der Anarchismus legt großen Wert auf individuelle Freiheit und vertritt die Auffassung, dass eine solche Freiheit nur durch Kooperation und Gleichheit verwirklicht wird. Dabei betont er die Notwendigkeit, dass sich die unteren Klassen in partizipatorischen und demokratischen Bewegungen organisieren, ebenso wie den Stellenwert der direkten Aktion. Von entscheidender Bedeutung ist es, Bewegungen aufzubauen, die in der Lage sind, Gegenmacht zu entwickeln, um der Macht der herrschenden Klasse und des Staates entgegenzutreten und sie zu beseitigen. Gleichzeitig ist es wesentlich, eine revolutionäre Gegen- und Massenkultur zu schaffen, die

den Werten der Klassengesellschaft mit neuen, auf Demokratie, Gleichheit und Solidarität gründenden Anschauungen gegenübertritt.

Die wichtigste Strömung des Anarchismus war, wie wir darlegen werden, stets der Syndikalismus: jene Auffassung, dass Gewerkschaften – errichtet auf dem Boden täglicher Kämpfe, einer radikal-demokratischen Praxis und der Volksbildung – entscheidende Hebel der Revolution sind und sogar als Keimzelle einer freien sozialistischen Ordnung dienen können. Mittels eines revolutionären Generalstreiks, basierend auf der Besetzung von Betrieben, wird die arbeitende Bevölkerung in der Lage sein, die Kontrolle über die Produktion zu erringen und sie nach menschlichen Bedürfnissen (anstatt nach Profit) neu auszurichten. Dem Syndikalismus schwebt eine radikal-demokratische Gewerkschaftsbewegung als Bahnbrecher der neuen Welt vor, und er zielt darauf ab, sich über Grenzen hinweg zu organisieren und eine revolutionäre Gegen- und Massenkultur zu fördern. Er lehnt bürokratische Formen der Gewerkschaft ebenso ab wie die Vorstellung, dass Gewerkschaften sich nur um wirtschaftliche Belange kümmern und darüber hinaus arbeiterfreundliche Parteien wählen sollten.

Es gibt viele Debatten und Unterschiede innerhalb des Anarchismus und Syndikalismus, doch es gibt zentrale Gedanken, die genügend Gemeinsamkeiten aufweisen, um zusammen als *broad anarchist tradition* gedacht zu werden. Während diese Tradition gemeinsame Prinzipien und Ziele aufweist, ist sie zugleich geprägt von einer breit gefächerten Vielfalt und von größeren Debatten über Taktiken, Strategien und die Eigenschaften der zukünftigen Gesellschaft. Um in der Gegenwart zu kämpfen, aus der Vergangenheit zu lernen und die Zukunft aufzubauen, stützt sich der Anarchismus auf die Vernunft, auf kritisches Denken und auf die Wissenschaft. Er verbindet diese mit einer Leidenschaft für Gerechtigkeit und für die Schaffung einer geeinten Welt und einer universalen menschlichen Gemeinschaft, frei von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ungleichheiten und Hierarchien.

Die *broad anarchist tradition* betont die Klasse, doch sollte das nicht missverstanden werden als vulgärer Arbeiterkult, der männ-

liche Fabrikarbeiter in schweren Stiefeln und Schutzhelmen vergöttert. Die Arbeiterklasse und die Bauernschaft sind als weit gefasste Begriffe zu verstehen: Die Arbeiterklasse umfasst alle Lohnarbeiter, die nicht die Kontrolle über ihre Arbeit besitzen, gleich ob sie in der Landwirtschaft, der Industrie oder im Dienstleistungsbereich angestellt sind, einschließlich aller Gelegenheitsarbeiter und Arbeiter in Schattenwirtschaften sowie deren Familien und der Erwerbslosen; die Bauernschaft umfasst alle kleinen Landwirte, einschließlich der Teilpächter und Lohnpächter, die der Kontrolle und Ausbeutung durch andere Klassen unterworfen sind.

Die Betonung der Klasse bedeutet ebenso wenig eine Verengung des Blicks auf wirtschaftliche Belange. Was die broad anarchist tradition auszeichnet, ist kein Ökonomismus, sondern der Kampf gegen die vielen Ungerechtigkeiten der Gegenwart. Da die unteren Klassen international, multinational und multiethnisch sind, ist der Anarchismus internationalistisch und unterstreicht die weltweit gemeinsamen Klasseninteressen, ungeachtet von Grenzen, Kulturen, Hautfarbe und Geschlecht. Für Anarchisten hat ein Arbeiter in Bangalore mehr mit einem Arbeiter in Omsk, Johannesburg, Mexiko-Stadt oder Seoul gemein als mit der indischen Elite. Karl Marx' eingängige Losung »Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!« wird im wortwörtlichsten und direktesten Sinne verstanden.

Um eine weltweite Bewegung aufzubauen, ist es vielmehr erforderlich, die spezifischen Probleme ernst zu nehmen, denen sich bestimmte Gruppen wie unterdrückte Nationalitäten, Gruppen verschiedener Hautfarben und Frauen gegenübersehen, und ihre Kämpfe für Emanzipation mit dem universalen Klassenkamp zu verbinden. Es gibt einen kraftvollen antiimperialistischen, antimilitaristischen, antirassistischen und feministischen Impuls – »feministisch« im Sinne der Förderung der Frauenemanzipation – in der *broad anarchist tradition*; all das im Rahmen eines Klassenbezugs.

____

www.edition-nautilus.de

WEM GEHÖRT DIE STADT?

AUFRUF ZUR NACHTTANZDEMONSTRATION AM 29. MAI

Eigentlich doch den Menschen, die in ihr wohnen, könnte man denken? Aber die Realität in Kaiserslautern sieht leider anders aus. Der Sparzwang der Kommune führt dazu, dass städtische Gebäude verkauft werden und Jugendzentren von der Schließung bedroht sind. Gleichzeitig werden hunderte Millionen Euro in eine Einkaufsmeile gesteckt und einige wenige kommerzielle und für viele kaum leistbare Kulturräume (z. B. Kammgarn, Pfalztheater) öffentlich finanziert. Diese verfehlte Politik führt zu sozialer und kultureller Verödung in Kaiserslautern. Gerade viele Jugendliche verbringen gelangweilt ihre Zeit an öffentlichen Orten wie vor dem Rathaus oder dem Pfalztheater, weil es zu wenige attraktive Räume gibt, in denen sie sich ungestört entfalten können. Kommerzielle Angebote, ob Kneipen, Bars oder eine Shopping-Tour durch die Fußgängerzone, stehen ihnen nur offen, solange der Geldbeutel dies hergibt. Dabei bräuchten gerade junge Leute Orte, an denen sozialer Zusammenhalt und solidarisches Miteinander gelebt werden, wenn sie nicht verrohen oder in die Fänge rechter Ideologen geraten sollen.

Eigentlich gäbe es in Kaiserslautern genügend leer stehende Gebäude, die für soziale oder kulturelle Belange genutzt werden könnten. Stattdessen dienen die meisten von ihnen als Spekulationsobjekte; in Hoffnung darauf, dass sie sich nach einer Aufwertung der Innenstadt durch die Shopping-Mall in ihrem Wert vervielfachen und zu Geld machen lassen.

Wir fordern selbstverwaltete Räume, frei von kommerziellen Interessen und staatlicher Einmischung, für soziale und kulturelle Initiativen in Kaiserslautern und eine Politik, die dem Ausverkauf der Stadt ein Ende setzt.

Termine:

Donnerstag, 07. Mai, 18:00 Uhr, GI Cafe 'The Clearing Barrel'
Der Zweite Weltkrieg aus antifaschistischer Sicht
Veranstaltung und Diskussion mit **Janka Kluge** (VVN-BdA)
Organisiert vom Anarchistischen Netzwerk Südwest.

Freitag, 08. Mai, 18:00 Uhr, Philipp-Mees-Platz;
„Wer nicht feiert, hat verloren!“
Feierlichkeit zum **70. Jahrestag der Befreiung**
ab 20:00 Uhr Roachhouse, Antifaschistischer DJ-Abend

Sonntag, 10. Mai, 14:00 Uhr, Treffpunkt Lutrinaparkhaus
Antifaschistischer Stadtrundgang
Auf den Spuren des antifaschistischen Widerstandes und der Verfolgung 1933 bis 1945 in Kaiserslautern.

Mittwoch, 13. Mai, 18:00 Uhr, GI Cafe 'The Clearing Barrel'
Der G7-Gipfel 2015 in Elmau
Mobiveranstaltung der Anarchistischen Initiative Kaiserslautern

Mittwoch, 13. Mai, 19:00 Uhr, Roachhouse
Hartz IV aus Sicht eines ehemaligen Jobcenter-Mitarbeiters
Organisiert von Bezirkserwerbslosenausschuss ver.di Pfalz

Freitag, 29. Mai, 20:00 Uhr, Hauptbahnhof
GEGEN DEN AUSVERKAUF DER STADT!
Nachttanzdemonstration

Über uns:. Macher_Innen der Zeitung sind organisiert in der Anarchistischen Initiative Kaiserslautern.
Wir drucken Texte aus linken Zeitungen ab, die wir interessant finden.